

fact.sheet

Naturverträgliche Energiewende umsetzen!

Der Umweltdachverband hat zur Klimakonferenz in Kopenhagen für die Regierungsdelegation einen Klimaschutzrucksack mit den dringendsten Aufgaben zusammengestellt.

Globale Erwärmung auf 2 °C eindämmen

- Damit Kipppunkte im Klimasystem nicht überschritten werden und dadurch unkontrollierbarer Klimawandel ausgelöst wird, muss die globale Erwärmung auf 2 °C eingedämmt werden.
- Dafür müssen die Treibhausgasemissionen in Industriestaaten gegenüber 1990 um 40 % und bis 2050 um 95 % gesenkt werden. Die globalen Emissionen müssen ihren Höchststand 2015 erreichen.
- Bis dato ist keiner der großen Emittentenländer bereit, eine Reduktion in dieser Größenordnung zu leisten.

EU als lahmender Vorreiter

- Die EU hat in den Raum gestellt, 20 % der Treibhausgasemissionen bis 2020 zu reduzieren. Zu wenig, um das 2°C-Ziel zu erreichen und unzureichend ambitioniert, da aktuellen Prognosen zufolge, bereits im Jahr 2012 eine Reduktion um 13 % gegenüber 1990 erreicht werden wird.
- Mit der Menge an Hot Air, ungenutzten CO₂-Emissionsrechten, die in Osteuropa im Kyoto-Vertragszeitraum angesammelt werden, lassen sich bereits ca. 50 % der EU-Ziele bis 2020 kompensieren.
- Entwicklungsländer benötigen jährlich bis 2020 ca. 100 Milliarden Euro, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Auf Grund der historischen Verantwortung liegt der gerechte Anteil der EU bei 30 Mrd. Euro.

→ Die EU muss ihre Ziele nach oben revidieren, wenn der Klimawandel noch eingebremst werden soll.

→ Die EU muss sich dafür einsetzen, dass Hot Air aus dem Kyoto-Vertragszeitraum nicht Eingang in ein Nachfolgeabkommen findet.

Österreich verfehlt Kyoto-Ziele

- Österreich ist das einzige Land in der EU, das angibt, die Kyoto-Ziele im Jahr 2012 nicht zu erreichen.

- Für den Zukauf von Zertifikaten wurden bereits jetzt mehr als 500 Millionen Euro budgetiert. Dieser Betrag könnte ExpertInnen zufolge noch auf etwa eine Milliarde Euro bis 2012 ansteigen.
- Gleichzeitig ist die Energie-Importabhängigkeit Österreichs auf über 70 % gestiegen. Zwischen 2003 und 2007 stiegen die Ausgaben für Energieimporte um 94 % auf 9,9 Mrd. Euro.

Energiestrategie für Österreich: 45 % Erneuerbare bis 2020 möglich!

- Die Energiestrategie für Österreich verfolgt das Ziel, bis 2020 den Energieverbrauch zu 34 % aus erneuerbaren Quellen zu bedienen.
- Österreich könnte bis 2020 aber bereits zu 45 % mit erneuerbaren Energien versorgt werden und bis 2050 zu 100 %.
- Dafür muss aber eine Effizienzoffensive und der Ausbau erneuerbarer Energieträger offensiv betrieben werden.

Maßnahmen und Forderungen für eine wirksame Energiestrategie:

- **Sanierungsmilliarde bereitstellen.** Eine Sanierungsmilliarde ist erforderlich, um die thermische Gebäudesanierung anzukurbeln. Die Sanierungsrate würde dann von derzeit unter 1 % p.a. auf die erforderlichen 3 % p.a. ansteigen. 30 % des Energieverbrauchs in Österreich entfallen auf den Gebäudesektor. Bis zu 90 % des Energieverbrauchs können im Einzelfall eingespart werden. Dazu müssen aber hohe Standards bei der Sanierung sichergestellt werden.
- **Stromeinsparpotenziale umsetzen.** Das Einsparpotenzial in Haushalten beträgt 20 bis 50 %. Die Jahresproduktion an Strom eines großen Donaukraftwerks wird nur für den Stand-by-Betrieb verschwendet. Ineffiziente Geräte sollen vom Markt ge-

nommen werden, Intelligente Stromzähler installiert werden und Unternehmen eine verpflichtende Energiebuchhaltung führen müssen.

- **Nachhaltige Mobilität.** Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind seit 1990 um 73 % gestiegen. Notwendig ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, des Fahrradverkehrs und der Elektromobilität. Dafür ist die Herstellung von Kostenwahrheit auf der Straße die Voraussetzung. Eine flächendeckende LKW-Maut soll eingeführt werden, ein General-Abo für den öffentlichen Verkehr angeboten werden und die Raumordnungspolitik dahingehend geändert werden, dass eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr ermöglicht wird. Milliardeninvestitionen in Straßenbauprojekte müssen gestoppt werden.
- **Naturverträglicher Ausbau erneuerbarer Energien.** Damit der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden kann, braucht es ein vernünftiges Ökostromgesetz mit Einspeisetarifen auf europäischem Niveau.
- **Ökosoziale Steuerreform.** Solange Energie billig ist, wird sie weiterhin verschwendet werden. Österreich liegt an 21. Stelle in der EU, was das Steueraufkommen aus Umweltabgaben betrifft. Erforderlich ist die Erhöhung der MöSt., die Erhöhung der Energieabgabe, die Einführung einer CO₂-Steuer und die Einführung einer Wasserkraftnutzungsabgabe. Im Gegenzug sollen die Lohnnebenkosten gesenkt werden.
- **Nachhaltige Energiezukunft ohne Atomenergie.** Die Bundesregierung muss sich dafür stark machen, dass Atomenergie nicht als Klimaschutzmaßnahme anerkannt wird, dass die UVP für grenznahe Atomkraftwerke internationalen Standards entspricht, dass die EURATOM-Zahlungen Österreichs eingestellt werden und dass Atomstromimporte verhindert werden.

Eine naturverträgliche Energiewende ist möglich! Dafür muss die Energiepolitik der nächsten 10 Jahre aber anders aussehen als die des vergangenen Jahrzehnts.

Wir befinden uns derzeit in einer wichtigen weltpolitischen Phase. Die Entscheidungen, die heute getroffen werden, bestimmen über das Antlitz der Welt von morgen. Ob es gelingt den Klimawandel einzudämmen, wird über die Lebensgrundlagen in weiten Teilen unserer Erde bestimmen und ob es Regionen auf diesem Globus, wie wir sie heute kennen, wie viele kleine Inselstaaten, in Zukunft überhaupt noch geben wird.

Auch Österreich muss einen Beitrag leisten, um die globale Herausforderung zu meistern und den Klimawandel auf 2 °C einzudämmen. Derzeit scheinen alle großen Emittentländer zwar bereit zu sein, dieses Ziel anzuerkennen, aber nicht, ausreichend Emissionsreduktionen anzubieten. Leider spielt Österreich in dieser Hinsicht eine unrühmliche Rolle: Mittlerweile ist die Alpenrepublik sogar das einzige EU-Land, das angibt, die Kyoto-Ziele im Jahr 2012 nicht zu erreichen. 500 Millionen Euro wurden für den Zukauf von Emissionszertifikaten bereits budgetiert, die Kosten könnten bis 2012 auf bis zu eine Milliarde Euro ansteigen. Dies gab bereits Anlass, politisch zu handeln: In Hinkunft sollen Ziele nicht mehr so ambitioniert gesetzt werden. Erster Schritt in diese Richtung waren die Verhandlungen um das EU-Klima- und Energiepaket, wo vereinbart wurde, dass das Treibhausgasemissionsniveau von Österreich im Jahr 2020 höher liegen darf als das im Jahr 2012.

Diese Haltung ist nicht nur aus Klimaschutzsicht verantwortungslos, es werden auch wirtschaftliche Chancen verpasst: Tausende Green Jobs könnten in der Umwelttechnikindustrie entstehen, wenn eine ambitionierte Klimastrategie verfolgt werden würde. Allein die Erhöhung des Anteils von Photovoltaik an der Stromerzeugung auf 8 % würde mehr als 30.000 Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig kann es nur so gelingen, die Energieimportabhängigkeit Österreichs, die mittlerweile erschreckende 70 % übersteigt, wieder zu verringern und die Kosten für fossile Energieimporte, die zuletzt zwischen 2003 und 2007 um 94 % auf 9,9 Mrd. Euro geklettert sind, wieder zu senken. Dafür muss Österreich eine Energiestrategie verfolgen, die Einspar- und Effizienzpotenziale konsequent ausnützt und erneuerbare Energien ausbaut. Naturverträgliche Potenziale sind ausreichend vorhanden. Österreich könnte vom Klimaschlusslicht wieder zum Umweltmusterland avancieren. Was fehlt, ist bis dato der politische Wille zur Umsetzung.



Mag. Johannes Wahlmüller
Klima- und Energiereferent
Umweltdachverband